I. Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung in der Uthlande

Ihre Forderung 1. und 4. wird von der FDP unterstützt.

Zu Ihrer Forderung 2: Und auch zu ihren späteren Fragen zur Energieeffizienz: Die Mittelstandsinitiative Energiewende unterstützt die Unternehmen dabei, ihre Energieeinsparpotentiale zu erkennen und zu nutzen. Die auch von Bundeswirtschaftsminister Philip Rösler und dem Gewerbe seit Januar 2013 getragene „Mittelstandsinitiative Energiewende“ unterstützt den deutschen Mittelstand bei der Umsetzung der Energiewende. Ziel ist es, weitere Energieeinsparpotentiale in den Betrieben zu heben und ihre Energieeffizienz zu verbessern. In dem Förderprogramm „Energieberatung Mittelstand“ werden Energieberatungen für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 80 Prozent über die KfW gefördert. Dies will die FDP fortsetzen. Kommt es schließlich zu konkreten Energieeinsparinvestitionen, stehen zinsgünstige Darlehen über die KfW bereit. Im Zuschussprogramm für hocheffiziente Querschnittstechnologien wurden speziell für kleine und mittlere Unternehmen finanzielle Anreize für Investitionen in energiesparende Technologien geschaffen, wie etwa für hocheffiziente Elektromotoren, Pumpen, Druckluftsysteme und raumlufttechnische Anlagen.

Ferner gibt es umfangreiche Energieberatungen für private Haushalte: Über die Verbraucherzentralen fördert das Bundeswirtschaftsministerium Energieberatungen für Privathaushalte – für einkommensschwache Haushalte sogar kostenlos. Seit September 2012 wird das Angebot durch mobile „Energie-Checks“ von Haushalt, Gebäude und Haustechnik ergänzt. Eine Liste der Energieberater, die hierfür wie auch für die Bundesprogramme „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ zugelassen sind, kann unter www.energie-effizienz-experten.de abgerufen werden. Darüber hinaus sind die Neufassung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes und die Novelle der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Energieeffizienz im Produktbereich. Ziel ist es, die aus dem Haushaltsbereich bekannte und erfolgreiche farbige Effizienzskala auf weitere Produkte auszudehnen. Schließlich soll auf den Internetseiten des Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums ein sogenannter „virtueller Gebäudesanierer“ angeboten werden. Dieser ermöglicht es Immobilieneigentümern, eine Komplettsanierung oder einzelne energetische Maßnahmen virtuell „durchzuspielen“. Sie können sich so einen ersten Überblick über die Möglichkeiten, Einsparpotentiale und Kosten einer Sanierung sowie über bestehende Förderprogramme verschaffen.

Zu Ihrer Forderung 3: Das Konjunkturprogramm II mit den 500 Mio. € Projektmitteln für die Ausgestaltung von Elektromobilitätsmodellregionen ist 2011 ausgelaufen. Die Strategie der FDP für eine klimaverträgliche Mobilität orientiert sich an kurz-, mittel- und längerfristigen Perspektiven. Kurzfristig greifende Maßnahmen zugunsten klimaverträglicher Mobilität sind die Verringerung von Staus, die Implementierung intelligenter Verkehrsmanagementsysteme, verbesserte Luftraumstrukturen im

Flugverkehr sowie kapazitätssteigernde Leit- und Sicherungstechnik im Schienenverkehr. Gleichzeitig muss die technische Optimierung und Verbrauchssenkung bei Fahrzeugen und Antriebstechniken vorangetrieben werden. Mittelfristig will die FDP die Einbeziehung des Verkehrs in den Emissionshandel, mit der auch die Ausbreitung elektromotorischer Antriebe vorangetrieben wird. Hinzu kommen als längerfristig greifende Maßnahmen neue Kraftstoffkonzepte für Bio-Kraftstoffe der dritten Generation, Wasserstoff in der Nutzungsform Brennstoffzelle und H₂-Verbrennung sowie die als zentraler Bestandteil die Elektromobilität. Die Förderung der Elektromobilität wurde durch Maßnahmen der christlich-liberalen Regierungskoalition wesentlich vorangetrieben. Stichworte sind hier die „Nationale Plattform Elektromobilität“, der „Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität“, das „Regierungsprogramm Elektromobilität“ und zuletzt das „Förderprogramm Schaufenster Elektromobilität“.

II. Küstenschutz: CO₂ Endlagerung und Küstenschutzabgabe

Wegen des sich abzeichnenden Klimawandels ist es notwendig, die laufende Verstärkung der Küstenschutzanlagen zu beschleunigen oder im Einzelfall auch zu ergänzen. Deshalb hat die FDP das Sonderprogramm für die Küstenländer über den GAK-Sonderrahmenplan für die Jahre 2009 bis 2025 unterstützt. Für Küstenschutzmaßnahmen in Folge des Klimawandels werden zusätzlich 25 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Ihre Forderungen 1 und 2 haben sich letztlich erledigt, da die Beratungen in den letzten Jahren gezeigt haben, dass unabhängig von allen fachlichen Erwägungen weder im Bundestag noch im Bundesrat Mehrheiten für die CO₂ Speicherung zu erreichen sind. Damit wird die CO₂-Speicherung in Deutschland keine Rolle spielen und nicht weiter verfolgt.

Die FDP ist sich selbstverständlich bewusst, dass Energieeffizienz einer der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Energie darstellt und ihr Handeln in der ablaufenden Legislaturperiode darauf ausgerichtet. Deswegen haben wir jetzt auch noch eine Verschärfung der Energieeinsparverordnung vor der Wahl auf den Weg gebracht. Weiterhin hat sich Bundeswirtschaftsminister Rösler in besonderer Weise für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Aufbau von Offshore- Windparks eingesetzt. Die FDP weiß, dass die Energiewende nur zu schaffen ist, durch einen effizienten Ausbau erneuerbarer Energie und tritt deshalb für mehr marktwirtschaftliche Instrumente beim Ausbau der erneuerbaren Energie ein.

Im Übrigen ist uns nicht bekannt, dass jemand eine Umlagenfinanzierung zum Küstenschutz fordert, die FDP jedenfalls nicht.

Die FDP hat in langen Verhandlungen in der ablaufenden Wahlperiode versucht, die Union dazu zu bringen, das Fracking gesetzlich einzuschränken, da bislang bundesweit Fracking ohne besondere Auflagen erlaubt ist. Leider war die Union dazu nicht bereit. Die FDP will, dass künftig für Frackingmaßnahmen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind und das Einvernehmen mit den zuständigen Wasserbehörden

herzustellen ist. Damit wäre ausgeschlossen, dass Frackingmaßnahmen Grundwasservorkommen gefährden könnten. Die FDP lehnt ein generelles Frackingverbot allerdings ab, weil es leichtfertig wäre, auf diese Gasreserven prinzipiell zu verzichten.

III. Küstenwache, Sicherheit auf See

Die FDP teilt alle Ihre Forderung zu diesem Thema. Die FDP-Bundestagsfraktion hat in den letzten 10 Jahren mehrfach Initiativen im Bundestag ergriffen, um eine einheitliche Nationale Küstenwache auf den Weg zu bringen. Auch in der ablaufenden Wahlperiode hatte die FDP es geschafft, das Thema in den Koalitionsvertrag aufnehmen zu lassen. Leider rückte die CDU/CSU-Fraktion auf Druck ihrer Unions-geführten Ministerien von ihrer bisherigen Beschlusslage zu dem Thema ab. Selbstkritisch müssen wir einräumen, dass es nur minimale Verbesserungen bei der Kooperation der betroffenen Ministerien gegeben hat. Die FDP hat das Thema aber ausdrücklich in ihr aktuelles Wahlprogramm aufgenommen und wird sich auch in der kommenden Wahlperiode für die Realisierung des Ziels einer einheitlichen Nationalen Küstenwache einsetzen.

Die FDP wird sich ebenfalls für eine Überprüfung des Notschleppkonzeptes einsetzen, auch im Lichte der geänderten Risikosituation durch die Errichtung zahlreicher Offshore-Windparks.

Weiterhin hält die FDP es für erforderlich, zehn Jahre nach Errichtung des Havariekommandos deren bisherige Arbeit und Kompetenzen zu überprüfen, um auch hier nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen.

IV. Mobilität, Anbindung und Erreichbarkeit der Inseln und Halligen

Die Forderung nach Wiedereinführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes in der Passagierschiffahrt lehnt die FDP ab. Die FDP tritt für eine grundlegende Reform des Mehrwertsteuersystems ein.

Wir befürworten grundsätzlich den dreispurigen Ausbau der B 5 zwischen Tönning und Husum inklusive der notwendigen Wirtschaftswege sowie den Einstieg in die Planung der Fortführung der A 23 von Heide über Husum bis zur dänischen Grenze zur langfristigen Stärkung des Nord-Süd-Verkehrs, der Entlastung der A 7 und der Entwicklung der strukturschwachen Westküstenregion.

Des Weiteren befürworten wir die Schaffung einer leistungsfähigen „Zentralachse“ Husum-Heide-Rendsburg-Kiel durch Anbindung der Westküste an die A 210, die den Verkehr zwischen Nord- und Ostseeküste aufnimmt, für den die A 20 keine Option darstellt, weil sie als „Hamburger Nord-Tangente“ zu weit südlich liegt.

Die FDP spricht sich für einen zweigleisigen Ausbau der „Marschbahn“ Westerland-Husum-Elmshorn-Hamburg zur Verkürzung der Fahrzeit zwischen Westerland und Hamburg auf zwei Stunden.

Alle diese Vorhaben werden bei der Aufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplans in das Bewertungsverfahren einbezogen. Daraus wird sich eine Priorisierung der realisierbaren Vorhaben ergeben.

Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Sicherung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Land sind Landes- und keine Bundesaufgaben und gehören nach unserer Ansicht deshalb thematisch nicht zur anstehenden Bundestagswahl.

V. Daseinsvorsorge angesichts des demographischen Wandels

Die FDP befürwortet, dass der Bund die Länder beim Ausbau einer Breitbandversorgung unterstützt. Darüber hinaus ist die Daseinsvorsorge eine Landes- und keine Bundesaufgabe, deswegen können wir hierzu keine weiteren Angaben machen.